

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 13. Dezember 2012, 19.00 Uhr, Rathaus Wettingen

Vorsitz: Marco Kaufmann, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates bis 19.45 Uhr: 47
Mitglieder des Einwohnerrates ab 19.45 Uhr: 48

Mitglieder des Gemeinderates: 7

Entschuldigt
abwesend: Daniela Gueniat
Robin Bauer
Thomas Sigrist, Präsident Schulpflege

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2012
 2. Ersatzwahl von Pauli Christian, FDP, in die Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Würmli Reto)
 - 3.1 Einbürgerung; Dügünyurdu Alieren, geb. 2000, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Sonnrainweg 3
 - 3.2 Einbürgerung; Lorenz Thomas, geb. 1963, und Lorenz Gertraud, geb. 1966, beide deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Kapellenweg 14
 4. Krippenpool Region Baden; Strategie Familienergänzende Kinderbetreuung Vorschulkinder
 5. Planung eines Gemeindebüros im Rathaus
 6. Kreditbegehren von Fr. 1'378'500.00 zum Umbau des Erdgeschosses für ein Gemeindebüro im Rathaus
 8. Kreditbegehren von Fr. 72'450.00 für die Aktualisierung und Instandstellung der IT-Standortvernetzung
 7. Postulat Ernst Kirsten, SP, vom 24. Mai 2012 betreffend Frühförderungskonzept für Kinder im Vorschulalter; Entgegennahme
 9. Interpellation Reinert Marie-Louise, EVP, vom 15. März 2012 betreffend Klosterjubiläum; Beantwortung

0. Mitteilungen

0.1 Rücktritt Reto Würmli

Der Präsident hat bereits an an der Einwohnerratssitzung vom 18. Oktober 2012 das Rücktrittsschreiben von Reto Würmli per 31. Dezember 2012 vorgelesen. Er nimmt nun die Würdigung der Ratsarbeit von Reto Würmli vor. Er spricht Reto Würmli den besten Dank für die geleistete Arbeit im Einwohnerrat und verschiedenen gemeinderätlichen Kommissionen und wünscht für die Zukunft alles Gute.

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse des Einwohnerrates vom 18. Oktober 2012, welche dem fakultativen Referendum unterstanden, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Neueingänge

0.3. a Motion der SVP Fraktion vom 13. Dezember 2012 betreffend Sanierung des Tägi mit separaten Vorlagen und ohne Unterbruch des Eisbetriebs im Sinn von Demokratie, Sport und Steuerfuss

Antrag:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein Konzept für die Sanierung der Eisanlage im Tägerhard auf der Basis der bestehenden Flächen vorzulegen, bei dem es zu keinem Unterbruch des Eisbetriebs kommt. Zudem sind die Vorlagen für den Erhalt der Eisanlage und die Ertüchtigung des Bestandes so zu trennen, dass darüber an der Urne separat abgestimmt werden kann.

Begründung:

Die Kunsteisbahn im Tägi wurde vor erst 40 Jahren eröffnet. Jetzt ist eine Sanierung erforderlich, weil die Eisgewinnung mit der heutigen Technik nicht mehr zulässig ist (Störfallverordnung). Bereits die Machbarkeitsstudie von 2008 hat aufgezeigt, dass eine Sanierung der bestehenden Anlage mit einer dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Kältegewinnung möglich ist. Weder dem Einwohnerrat, noch der Begleitkommission Tägerhard ist seither je eine Begründung vorgelegt worden, weshalb eine solche auch kostenmässig viel günstigere Lösung (die Machbarkeitsstudie sprach von wenigen Mio. Franken, die den nun rund 45 Mio. für die Eishalle gegenübergestellt werden müssen) aus technischen und betriebswirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich sein soll. Dennoch hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat schon ganz am Anfang empfohlen, nur Varianten weiterzuverfolgen, welche auf einem Totalabriss der bestehenden Anlage beruhen.

Wie die Umfrage ergeben hat, hat das Volk das Tägi-Projekt wegen den massiv zu hohen Kosten und der Überdimensionierung der Anlage abgelehnt. Es ist deshalb dringend erforderlich, alle erdenklichen Massnahmen zur Verringerung der Grösse des Projekts und der Kosten zu ergreifen. Offensichtlich ist der Abriss der bestehenden Anlage mit dem Neubau einer Eishalle einer der wesentlichen Kostentreiber. Insbesondere das Parkhaus wäre nicht erforderlich, wenn innerhalb des bestehenden Perimeters saniert würde. In der Machbarkeitsstudie waren denn auch keine besonderen Kosten für einen Parkhausneubau ausgewiesen. Es ist auch überhaupt nicht zwingend, für weitere Ausbautappen (Verlegung Landhockeyplatz und Altenburgstadion) Platz im

Tägerhard zu schaffen. Derartige Schritte können losgelöst von der Sanierung der Eis- anlage in Erwägung gezogen werden. Die Begründung, weitere Ausbauten und die Verwirklichung eines Gesamtenergiekonzepts seien nur mit einem Neubau möglich, ist für die SVP nicht schlüssig, zumal Varianten auf der Basis der bestehenden Eisflächen gar nie von Fachleuten geprüft worden sind.

Ein wesentlicher Aspekt ist für die SVP auch der unterbruchsfreie Eisbetrieb. Bei einer Sanierung der bestehenden Anlage wäre es möglich, in einem Sommer die Erneuerung durchzuziehen. Der jahrelange Unterbruch, wie er beim Bau einer Eishalle unumgänglich ist, ist im Sinne des Sports nicht akzeptabel.

Der Antrag der SVP Fraktion schliesst nicht aus, dass auch eine Variante für einen Eishallenneubau mit massiv tieferen Kosten weiterverfolgt wird. Die SVP verlangt lediglich, dass Varianten ohne Neubau mit der gleichen Intensität und in der gleichen Bearbeitungstiefe durch neutrale Fachleute weiter geprüft werden.

Schliesslich beantragt die SVP dem Volk nicht wieder eine undemokratische Paketlösung vorzulegen sondern die Möglichkeit zu schaffen, einzeln über Ausmass, Dringlichkeit und Kosten der Anlageteile abstimmen zu können.

0.3 b Postulat Heinz Graf, BDP, vom 13. Dezember 2012 betreffend "Ausarbeitung einer neuen Weihnachtsbeleuchtung"

Ausgangslage:

Vor 49 Jahren wurde die Wettinger Weihnachtsbeleuchtung erstmals an den Beleuchtungs- masten montiert: 1963 die Sterne, 1965 wurde die Beleuchtung mit den stilisierten Christbäumen ergänzt.

Die Beleuchtung besteht aus 4'736 Spezialglühlampen – die relativ viel Strom brauchen. Die Weihnachtsbeleuchtung ist vom Handling sehr aufwendig und verursacht auch hohe Lager- und Unterhaltskosten.

Auftrag:

Der Gemeinderat wird ersucht, die bestehenden Gesamtkosten aufzuzeigen:

- Betriebskosten, Stromverbrauch
- Lager- und Unterhaltskosten
- Personalkosten für die Montage und den Unterhalt etc.
- den Beitrag vom Handels- und Gewerbeverband (HGV)

Im Rahmen der Standortförderung Wettingen und mit Mitsprache vom HGV, ist ein neues Beleuchtungskonzept auszuarbeiten, dass die heutigen- und zukünftigen Bedürfnisse erfüllt: niedriger Energieverbrauch, einfaches Handling für das Bauamt, niedrige Unterhalts- und Personalkosten, flexibles Konzept (Zukunft Landstrasse).

0.3. c Postulat Lea Schmidmeister, SP, vom 13. Dezember 2012 für eine Bestandesaufnahme der lokalen ausserschulischen Bildungsangebote

Antrag:

Der Gemeinderat wird ersucht, eine umfassende Bestandesaufnahme der lokalen ausserschulischen Bildungsangebote im sportlichen, musikalischen, und im kulturellen Be-

reich für Kinder und Jugendliche zu erstellen und die Angebote für alle Familien zugänglich zu publizieren.

Begründung:

Eine erfolgreiche Sozialisation setzt voraus, dass im ausserschulischen Bildungsbereich die erforderliche Infrastruktur bereit gestellt wird. Nonformale und informelle Lernfelder, die freiwillig ausserhalb der obligatorischen Schule genutzt werden, gehören zu einer umfassenden Bildungslandschaft und fördern Sozial-, Selbst-, Fach- und Methodenkompetenzen der Kinder und Jugendlichen. Dazu soll die Zugänglichkeit der Angebote für NeuzuzügerInnen, Familien aus Bildungsfremden Schichten sowie Familien mit Migrationshintergrund gewährleistet werden können.

Die lokalen Angebote im ausserschulischen Bildungsbereich sind sehr vielfältig, was eine Übersicht erschwert. Die Vereinsliste auf der Homepage von Wettingen erkennt beispielsweise unter dem Filter „Kinder und Jugend“ nur eine kleine Auswahl der Angebote. Die Postulantin stellt sich ein Publikationsorgan vor, das halbjährlich allen Haushalten zugestellt wird und die verschiedenen Angebote vorstellt, so stellt sie sich auch eine Homepage angelehnt beispielsweise an www.bielbienne.ch/de/pub/freizeit/kinderJugendliche.cfm#.UMdFNazRbsM oder www.uster.ch/de/vereine/freizeitkinder/ vor, welche die verschiedensten Angebote sowie die für Kinder und Jugendliche nutzbare Infrastruktur in der Gemeinde erfasst.

1. Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2012

Yvonne Vogel: Das Protokoll ist zwar rechtzeitig, aber sehr kurzfristig zugestellt worden. Es wird zum Protokoll kein inhaltlicher Änderungswunsch angebracht. Es wird aber gewünscht, dass das Protokoll künftig schneller und wenn möglich zusammen mit der Traktandenliste und den Unterlagen für die nächste Sitzung zugestellt werden könnte. So hätten die Ratsmitglieder genügend Zeit für ein Studium des Protokolls. Es wäre auch noch kostengünstiger, da auf einen zweiten Versand verzichtet werden könnte.

Das Protokoll wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

2. Ersatzwahl von Pauli Christian, FDP, in die Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Würmli Reto)

Martin Egloff stellt im Namen der FDP-Fraktion den Kandidaten vor.

Mit 45 : 0 Stimmen fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss

Beschluss des Einwohnerrates

Christian Pauli wird für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

3.1 Einbürgerung; Dügünyurdu Alieren, geb. 2000, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Sonnrainweg 3

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 42 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugesichert.

3.2 Einbürgerung; Lorenz Thomas, geb. 1963, und Lorenz Gertraud, geb. 1966, beide deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Kapellenweg 14

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 43 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

4. Krippenpool Region Baden; Strategie Familienergänzende Kinderbetreuung Vorschulkinder

Christian Wassmer, Vertreter Finanzkommission: Seit 2002 arbeiten die Gemeinden Wettingen, Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal im Bereich der Betreuung von Säuglingen und Vorschulkindern eng zusammen. Gemeinsam wurde nun die Strategie für die Zukunft erarbeitet. Sie soll als Leitplanke für einen bedarfsgerechten Ausbau des Angebots dienen. Kernpunkt sind zwölf Leitlinien mit entsprechenden Handlungsfeldern.

In vier Begleitforen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Krippen, Tagesfamilien, Eltern und Fachleute die Inhalte. Als Mitglied des Begleitforums möchte ich mich bei den Organisatoren für die mustergültige Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung bedanken und hoffe auf Nachahmung für weitere Strategieprojekte.

Die Grundsätze des Elternbeitragsreglements werden beibehalten und in einer Tarifordnung geregelt. Neu soll die Berechnung der Elterbeiträge einer zentralen Stelle übertragen werden. Damit wird gewährleistet, dass die Beiträge einheitlich berechnet, der Datenschutz gewährt und die Krippen administrativ entlastet werden.

Neu können alle Krippen und Tagesfamilien subventionierte Betreuungsverhältnisse anbieten (soweit sie die Qualitätsstandards erfüllen und eine Vereinbarung unterzeichnen). In einem ersten Schritt bleibt das Angebot standortabhängig, in einem zweiten Schritt soll es standortunabhängig gemacht werden. Neu kommen auch Eltern von in Firmenkrippen betreuten Kindern in den Genuss von Subventionen, falls sie einen höheren Betrag bezahlen als gemäss Tarifordnung.

In einem Gemeindevertrag regeln die Krippenpoolgemeinden für die Dauer von fünf Jahren die Grundsätze der Strategie, die Grundsätze der Tarifordnung sowie Organisation, Aufgaben und Kompetenzen der Gemeinderäte und des Steuerungsausschusses.

Die Vorbereitung der Umsetzung der Strategie soll am 1 Januar 2013 beginnen. Deshalb soll die Geschäftsstelle per April von 15 % auf 50 % und die administrative Stelle per August von 15 % auf 80 % erhöht werden. Insgesamt entstehen Mehrkosten von Fr. 123'000.00. Der Anteil von Wettingen beträgt Fr. 45'100.00.

Der Bedarf an zusätzlichen Plätzen ist ausgewiesen und wird in der Zukunft ansteigen. Das Wachstum der 0-4-Jährigen im Bezirk Baden beträgt bis 2025: durchschnittlich 10 %. In Wettingen bestehen zurzeit sehr wenige Krippenplätze. 36 % der Kinder werden in den anderen Poolgemeinden betreut.

Die Unterstützung von Betreuungsverhältnissen in Firmenkrippen beinhaltet die Gefahr, dass Firmen die Subventionen reduzieren und damit der Gemeindeanteil steigt. Das können die Gemeinden nicht direkt verhindern. Der Krippenpool versucht in Gesprächen mit den Firmen darauf hinzuwirken, dass dies nicht passieren wird.

In der Vorlage ist nur von Firmenkrippen die Rede, d.h. Firmen, die eine eigene Krippe betreiben. Wie zusätzliche Firmen motiviert werden, sich an den Betreuungskosten der Kinder ihrer Mitarbeitenden zu beteiligen, wird in der Vorlage nicht aufgezeigt. An der Infoveranstaltung wurde versprochen, den Goodwill der Firmen zu fördern. Im Rahmen der Vorbereitung der Strategieumsetzung soll der Gemeinderat aufzeigen, wie er das genau machen will. Es wird erwartet, dass mindestens diejenigen Wettinger Firmen, welche Eltern beschäftigen, die subventionierte Krippenplätze belegen (heute ca. 100 Kinder), proaktiv angesprochen werden.

Der Kantonsbeitrag in der heutigen Grössenordnung sollte auch mit dem neuen System gesichert sein.

Mit dem neuen System werden die Krippen administrativ entlastet auf Kosten der Gemeinden. Die Kitas haben jedoch kaum finanziellen Spielraum. Heute wird ein grosser Teil der administrativen Arbeit in Freiwilligenarbeit erbracht und es wird zunehmend schwieriger solche Personen zu finden. Eine Professionalisierung der Krippen ist anzustreben; ebenfalls Zusammenschlüsse oder zumindest Kooperationen, um den Overhead zu reduzieren und kritische Masse zu erlangen. Es wird hier an das Vorkommnis an der Schartenstrasse erinnert, wo der Einwohnerrat eingesprungen ist, da eine Person ausgefallen ist.

Es ist beabsichtigt, die Betreuungskosten pro Tag auf Fr. 110.00 zu erhöhen. Darin ist auch ein marktüblicher Mietzins berücksichtigt, das heisst der Raum muss nicht zusätzlich subventioniert werden.

Der Abschöpfungsgrad in der Verordnung liegt bei 1.07 Promille. Der Abschöpfungsgrad bestimmt die Kurve vom minimalen zum maximalen Elternbeitrag. Der Gemeinderat hatte jedoch den Abschöpfungsgrad für Wettingen auf 1.13 Promille erhöht. Dies ist auch weiterhin mit der Tarifordnung möglich.

Die geschätzten Kosten für die Vorschulkindbetreuung Wettingens werden sich bis im Jahr 2020 verdoppeln auf rund 1 Million Franken.

Die Finanzkommission unterbreitet dem Einwohnerrat einstimmig bei 7 Anwesenden die folgenden Empfehlungen zu den Anträgen des Gemeinderats

- Der erste Beschluss wird mit dem Wort "genommen" abgeschlossen.
- Der dritte Beschluss wird ergänzt, was in Baden bereits in diesem Sinne beschlossen wurde. Obersiggenthal ist zeitlich mit Wettingen heute auch mit dem Thema beschäftigt. Der Begriff "Leitlinie" meint vorliegend Ziele im strategischen Sinn: Die Behörden haben auf deren Erreichung hinzuwirken. Sämtliche Poolgemeinden verpflichten sich zu den gleichen (Minimal-)Zielen. Die Leitlinien sind daher – als integrierender Bestandteil – in den Gemeindevertrag aufzunehmen. Treten künftig weitere Gemeinden dem Gemeindevertrag bei, übernehmen sie die Leitlinien mit Unterzeichnung des Vertrags.

Konkret lauten die vier Anträge zu diesem Geschäft wie folgt:

1. Von der „Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder“ wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Leitlinien der „Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder“ (ab 2014) werden genehmigt.
3. Der Gemeindevertrag zwischen den Gemeinden Baden, Ennetbaden, Obersiggenthal und Wettingen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Betreuungsangebotes für Kinder im Vorschulalter wird genehmigt.
Die strategischen Leitlinien, gemäss Beilage „Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder“ 1, für die Weiterentwicklung der Betreuungsangebote für Vorschulkinder bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages.
4. Der Verpflichtungskredit von Fr. 45'100.00 für die Vorbereitung der Umsetzung der Strategie im Jahr 2013 wird genehmigt.

Ich kann hier noch erwähnen, dass die CVP sich der Finanzkommission anschliesst.

Christian Pauli: Die FDP-Fraktion dankt für die ausführlichen Vorlage. Die FDP Schweiz unterstützt grundsätzlich die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Fraktion zieht dieser nationalen Einstellung grossmehrheitlich nach. Die enge Zusammenarbeit der involvierten Gemeinden und die daraus resultierende Entlastung der Institutionen werden begrüsst. Von der Strategie wird zustimmend Kenntnis genommen. Die neuen Leitlinien wie auch der Gemeindevertrag und der Verpflichtungskredit von Fr. 45'100.00 werden grossmehrheitlich genehmigt und unterstützt. Wir schliessen uns ebenfalls der Finanzkommission an.

Sylvia Scherer: Die SVP-Fraktion dankt für die gut ausgeschaffene Vorlage.

Auch wenn wir bei den Zahlen, d.h. bei der Steigerung der Krippenplätze und den damit verbundenen Kosten – aufgerechnet bis ins Jahr 2020 teilweise leer schluckten, zeigt es doch das Bedürfnis der Bevölkerung an den familienergänzenden Betreuungsformen.

Eine Zentralisierung macht für uns absolut Sinn und natürlich freut uns auch die Erschaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen sehr.

Zwar stimmen wir den gestellten Anträgen zu, jedoch ist es uns ein Anliegen, dass der Gemeinderat, das Gespräch mit den Wettinger Unternehmer führt, die auch Wettinger Arbeitnehmer beschäftigt. Sie sollen animiert werden, sich an den Kosten für die Kinderbetreuung zu beteiligen. Denn eine gut funktionierende Betreuung der Kinder ist schlussendlich auch zu ihrem Vorteil.

Die Fraktion stimmt den Anträgen der Finanzkommission einstimmig zu.

Esther Elsener Konezciny: Die vorliegende Strategie familienergänzende Betreuung der Vorschulkinder ist umfassend, aussagekräftig und sorgfältig erarbeitet. In einem interaktiven Prozess wurde über mehrere Monate daran bearbeitet – besten Dank dafür.

Unsere Fraktion unterstützt die Grundsätze dieser Strategie. Da kann ich mich den Vorrednern anschliessen.

Wir erachten es als sinnvoll, dass sich die Poolgemeinden bezüglich des Ausbaus Ziele setzen und den Eltern innerhalb von 6 Monaten einen Platz anbieten möchten. Wir

sind allerdings gespannt, wie sich dieses Ziel realisieren lässt und hoffen, dass sich diese Leitlinie umsetzen lässt.

Dass der Einwohnerrat bei gewichtigen Steuerungstools nicht einbezogen ist, irritiert uns. Nicht ganz einig sind wir nämlich mit der Erneuerung, dass die Eltern für einen subventionierten Betreuungsplatz einen Nachweis bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder von einer sozialen Indikation erbringen müssen. Vor allem, das Kriterium der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte unserer Meinung nach nämlich auch dann erfüllt sein, wenn der Nachweis erbracht wird, dass in einem erhöhten Mass einer Tätigkeit nachgegangen wird, die freiwillig und ehrenamtlich ist, das heisst nicht im eigentlichen Sinne einer Erwerbstätigkeit entspricht. Viele Frauen und Männer engagieren sich in hohem Mass in Umwelt- und sozialen Organisationen, Parteien, Vereinen und sind deshalb vielleicht auch auf familienergänzende Betreuung angewiesen. Mit ihrem Engagement tragen sie einen wesentlichen Teil dazu bei, dass unsere Gesellschaft funktioniert und getragen wird.

Wir würden es deshalb begrüssen, wenn wir die ausformulierten Kriterien der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der sozialen Indikation zu Kenntnis unterbreitet bekämen. Ich hoffe, dass das wird dann auch möglich sein, bevor sie in Kraft treten.

Auch die Gestaltung des Tarifreglementes ist ein wichtiges Steuerungstool, z.B. mit der Definition des Abschöpfungsgrade und der Festlegung des Minimaelternbetrages. Die bisherigen Grundsätze werden zwar beibehalten, dennoch würden wir gerne das fertige, neue Tarifreglement zur Kenntnis erhalten, bevor es im 2014 erstmals angewendet wird.

Alles in allem ist die Strategie ein Weg in die richtige Richtung und wertet alle beteiligten Gemeinden in Sachen Familienfreundlichkeit nochmals auf.

Hanna Läng: Die Fraktion EVP/Forum 5430 Wettingen sagt Ja zur Strategie „Familienergänzende Betreuung von Vorschulkindern“ und auch zum Vertrag zwischen den Gemeinden Wettingen, Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal. Auch wir danken für die informative, ausführliche Dokumentation.

Wir hoffen, dass noch mehr Gemeinden zu diesem Krippenpool dazu stossen werden, denn es ist unser Anliegen, in unserer Region gute und für alle bezahlbare Angebote für die Kinderbetreuung bereitzustellen. Wir begrüssen die Stossrichtung, dass nicht mehr der Wohnort für einen Betreuungsplatz entscheidend sein wird.

Zufrieden nehmen wir entgegen, dass es jetzt möglich werden soll, dass alle Eltern, unabhängig von ihrem Einkommen, einen guten Platz für ihre Kinder finden können. Die Tendenz, dass besser Situierte im Vorteil sind, kann so gebremst werden. Wir bekräftigen die Meinung, dass wir eine gute Durchmischung in allen Kindergruppen erwarten. Hier interessiert es uns, wie das gewährleistet werden wird.

Für die Eltern bedeutet der Pool eine Erleichterung, müssen sie nicht mehr freie Plätze suchen. Sie erhalten alle Informationen an einem Ort. Die zentrale Stelle ist darum richtig und wichtig.

Aber auch die Entlastung für die einzelnen Anbieter ist zu begrüssen. Sie können sich aufs Kerngeschäft konzentrieren. Vielleicht wagen sich so Private vermehrt oder wieder, eine solche Tagesbetreuung anzubieten. Gerade für Private und Vereine ist es schwierig geworden, den ganzen Verwaltungsaufwand zu bewältigen. Eines ist klar: Die Strategie funktioniert nur, wenn sich genügend qualifizierte Anbieter finden lassen.

Das Versprechen, innerhalb eines halben Jahres einen Betreuungsplatz zu erhalten, ist ein hohes Ziel. Ob das gelingen wird? Wir hoffen es.

Thomas Meier: Es gibt eine inhaltliche Frage zur Leitlinie 6: Mich interessiert, wieso ist man von der bisherigen Leitlinie abgekehrt? Bisher war man klar nach Einkommen und Vermögen der Eltern ausgerichtet. Soll das auch für die übrigen Betreuungsangebote in Wettingen künftig übernommen werden? Bisher musste kein Nachweis der Vereinbarkeit erbracht werden.

Yvonne Feri, Gemeinderätin: Ich bedanke mich für die vielen Lobesworte. Das tut gut, es wurde viel dafür gearbeitet. Gerne wird das Lob den Beteiligten weitergeleitet.

Gerne nehme ich kurz zu einigen Punkten Stellung, zu denen eben einige Voten zu vernehmen waren.

Firmenkrippen: An der Informationsveranstaltung wurde erwähnt, dass dieses Thema entgegengenommen und geprüft wird. Heute kann noch keine Aussage dazu gemacht werden, wie die Umsetzung aussehen soll, so dass sich Firmen an Krippenplätzen beteiligen. Im Krippenpool ist man klar der Meinung, dass es sinnvoll wäre und gefördert werden sollte. Allenfalls wäre mit den Standortförderungen von Baden und Wettingen Rücksprache zu nehmen und ein Projekt auszuarbeiten.

Abschöpfungsgrad: Es ist das Ziel, dass alle Gemeinden den gleichen Abschöpfungsgrad festgelegt haben. Im Bereich der Kita ist es so, dass Wettingen im Bereich Hort eine Ausnahme kennt.

SP-Fraktion: Es ist gewünscht worden, dass über die Steuerungen informiert wird (Nachweis Vereinbarkeit Beruf und Familie, soziale Indikation, Tarifordnung). Selbstverständlich kann dies dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht werden. Es werden diese Aspekte aber ohnehin der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Es soll eine eigene Internet-Seite aufgebaut werden. Die Eltern müssen von den Details auch Kenntnis erhalten.

EVP/Forum 5430: Es ist der Wunsch nach der guten Durchmischung in der Kita geäußert worden. Hier bestehen wenige Steuerungsmöglichkeiten. Hier spielt die Hoheit der Träger hinein. Jede Kita wird ihre Spezialitäten haben. So legt bspw. das Chinderschlossli ein Schwergewicht auf Ernährung/Kochen. Die Eltern legen sich für die Betreuung ihrer Kinder nach solchen Schwergewichten fest, neben dem Platzangebot.

Anträge der Finanzkommission: Dem Antrag betreffend Integration der Leitsätze in den Gemeindevertrag kann man sich anschliessen. Das macht Sinn.

Thomas Meier: Hier gibt es keine Abkehr im eigentlichen Sinne. Es ist eine neue Bestimmung erlassen worden. Bis heute gibt es keine Auflage, wer Kinder bringen kann. Es wird heute nach dem Elternbeitragsreglement eine Einstufung vorgenommen. Heute werden subventionierte Plätze eingekauft. Sind diese besetzt, können nur noch Plätze für Vollzahler angeboten werden. Der Nachweis betreffend Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft nicht nur zwei Verdienende. Auch die Alleinerziehenden sind damit konfrontiert. Die Ausführungsbestimmungen werden noch vorgelegt. Eine generelle Öffnung wäre wohl schwer durchzubringen. In erster Linie sollen jene einen subventionierten Krippenplatz erhalten, die ihn auch nötig haben.

Ausdehnung auf weitere Betreuungsangebote: Heute sprechen wir man nur von den Vorschulkindern und den Tagesfamilien. Weitere Regelungen gibt es nicht. Es ist vorgesehen, dass bei den Tagesstrukturen gleiche Mechanismen zur Anwendung gelangen.

Thomas Meier: Ich bin entsetzt. Es ist eine völlig falsche Aussage, dass vorher keine Regelung bestanden habe. Bis heute waren nach dem Elternbeitragsreglement Einkommen und Vermögen als Grundlage herangezogen worden für die Beurteilung der Subventionierung eines Platzes. Mit der Leitlinie 6 werden gewisse Familien oder Eltern bewusst ausgeschlossen von möglichen Subventionen, unabhängig davon, aus welchem Grund ein Betreuungsplatz gewünscht wird. Das ist eine massive Abkehr von der heutigen Regelung.

In diesem Rat hat sich eine demokratische Mehrheit für eine Gleichbehandlung von sämtlichen Familienformen ausgesprochen. Eine Abkehr vom bisherigen Grundsatz ist auch eine Ohrfeige an die Adresse dieser erwähnten Mehrheit.

Das wurde in der Umsetzungsgruppe noch nie diskutiert. Man müsste als Feigenblatt erhalten. Man könnte sich darauf berufen, dass sämtliche Fraktionen daran beteiligt waren und zugestimmt haben. Selbstverständlich wird der Einwohnerrat Wettingen heute auch zustimmen. Man will ja nicht den anderen Gemeinden nachstehen.

Ich will heute die klare Aussage hören, dass Eltern, bei denen nur ein Teil erwerbstätig ist und ohne Rücksicht auf Einkommens- und Vermögensstruktur, eine Subvention ausgeschlossen sein wird.

Markus Maibach trifft ein (19.45 Uhr)

Leo Scherer Kleiner: Genau dieser Satz machte auch mir zu schaffen. Ich habe eine grosse Skepsis, wie so etwas in einer solch extremen Allgemeinheit und Abstraktheit gut umgesetzt werden soll. Es bestehen fast keine Vorgaben, welche Kriterien angewendet werden. Ohne genaue Vorgaben kommt es zu Willkürfällen.

Was würde passieren, wenn eine Mehrheit des Wettinger Einwohnerrates sich mit allem einverstanden erklären könnte nur nicht mit Ziffer 6.2? Käme es bei einer Streichung zu einer Nachverhandlung des Vertrages?

Yvonne Feri, Gemeinderätin: Heute kauft die Gemeinde subventionierte Plätze ein. Diese werden gemäss Elternbeitragsreglement vergeben. Dieses ist aufgebaut auf Einkommen und Vermögen. Darin werden Eltern eingestuft. Die einen erhalten mehr Unterstützung, die anderen etwas weniger. Weitere Nachweise müssen die Eltern heute nicht erbringen. Oft wurde diskutiert bis zu welcher Grenze diese Subventionierung erfolgen solle. Ist es richtig, dass eine Frau bei einem Coiffeurbesuch oder bei einer Selbstverwirklichung einen subventionierten Platz erhält?

Im Pool war zu überlegen, was zu tun ist, dass eine politische Mehrheit gefunden werden kann. Bei einer totalen Öffnung hätte Thomas Meier als erster sein Veto eingelegt. Im Begleitforum wurde deshalb entschieden, dass es einen Nachweis wegen des Berufes oder einer sozialen Indikation geben muss. Dann erst können subventionierte Plätze angeboten werden. Aus unserer Sicht ist dieser Weg richtig. Nach wie vor können auch andere Personen ihre Kinder betreuen lassen, aber sie zahlen Vollkosten. Das ist heute bereits Praxis. Vor allem die bürgerlichen Parteien wollen diesen Grundsatz umgesetzt wissen.

Die genaue Definition der Voraussetzungen muss noch erarbeitet werden.

Zu Leo Scherer: Sollte Wettingen etwas gestrichen haben, so müsste ein neuer Vorschlag des Krippenpools von allen Gemeinden wieder gutgeheissen werden. In Baden und Ennetbaden hat das Geschäft schon passiert. Heute tagt auch noch der Einwohnerrat Obersiggenthal.

Mit einer allfälligen Abänderung der Leitlinien würde sich das Projekt etwas verzögern.

Thomas Meier: Der Einwohnerrat Baden hat eine Leitlinie geändert. Das müssten wir auch tun können, wenn alle dem zustimmen.

Heute sind Einkommen und Vermögen massgebend. Die Erwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit spielte bislang noch nie eine Rolle. Über das zukünftige Modell besteht Uneinigkeit.

Ich bin weiter entsetzt über das Frauenbild: Jene, die sich bewusst entscheiden, die Kinder selber zu betreuen, und sich dann mal einen Moment für die Selbstverwirklichung gönnen, werden dauernd als zweitklassig eingestuft. Sie sind sicher nicht subventionsberechtigt.

Das ist ein Killerkriterium, um unterstützend beachtet zu werden. Jede Frau, die erwerbstätig ist, wird so eingestuft, dass sie das tun müsse. Solche Argumente werden nicht von bürgerlicher Seite genannt. Das kommt nur immer aus der gleichen Ecke. Es ist eine einseitige Formulierung, was richtig oder falsch ist.

Immer wurde in diesem Rat versucht zu erwähnen, dass es nicht am Parlament ist, Lebensstile als richtig oder falsch einzustufen. Es ist aber an uns, die finanziellen Kriterien festzulegen, welche die öffentliche Hand punktuell und subsidiär unterstützt. Es ist aber nicht an uns, Familienbilder durch einseitige finanzielle Unterstützungen zu steuern.

Die hohen und die ganz tiefen Einkommensschichten sind nicht betroffen. Es geht um die mittleren Einkommensklassen, die am rechnen sind. Hier wird einseitig argumentiert. Eigentlich muss das Kind abgegeben werden, damit einem Erwerb nachgegangen werden kann. Nur dann kann man finanziell über die Runden kommen. Alles andere will man nicht.

Es werden die Familien mit knappen Einkommen mittelfristig dazu gezwungen. Das kann auch eine Absicht sein. Ich bin auch entsetzt über die Arroganz gegenüber dem Einwohnerrat. Man ist in der Zwischenzeit sehr weit weg von den Anliegen, die hier zuweilen besprochen werden.

Marie-Louise Reinert: Ich meine, es hängt an der sprachlichen Form solcher Leitlinien. Sie haben einen gewissen Abstraktheitsgrad. Wir fragen uns ja alle, wie die soziale Indikation genau definiert ist. Wie wird sie gemessen? Wie steht es um die Vereinbarkeit? Wie wird sie definiert und gemessen?

Diese Fragen sind noch weiterzuarbeiten. Man muss Vertrauen haben in die damit beschäftigten Gremien. Es muss eine Sozialverträglichkeit erreicht werden. Auf diesem Wege käme man von der abstrakten Ebene weg.

Ich habe noch das Gutscheinsystem im Ohr. Hier ist der Gemeinderat noch an der Arbeit. Vielleicht lassen sich auch von da her noch kreative Lösungen ableiten.

Leo Scherer Kleiner: Ich stelle den Antrag, dass Punkt 6.2 ersatzlos gestrichen wird. Dann soll der so modifizierte Vorlage vorbehaltlos zugestimmt werden.

Christian Wassmer: Ich gebe noch meine persönliche Meinung zum Ausdruck. Ich bin selber im Begleitforum und kann zu 100 % hinter der Leitlinie 6.2 stehen. Eine Leitlinie gibt eine strategische Richtung vor. Mit den gesetzten Leitplanken soll Wildwuchs verhindert werden.

In der Sozialhilfe soll beispielsweise niemand mit einem Porsche vorfahren, wenn er von der Gemeinde finanziell unterstützt wird. In gleichem Masse will ich nicht, dass hier jeglichem Wildwuchs Tür und Tor geöffnet werden.

In den Handlungsfeldern gibt es unter 6.2.1 ein nicht abschliessendes Beispiel: "Es können auch Tätigkeiten wie zum Beispiel intensive Pflege von Angehörigen zuhause als Voraussetzung für eine Subventionierung anerkannt werden."

Für mich kommt auch eine sinnvolle Art der Freiwilligenarbeit als weiteres Beispiel in Frage. Solche Punkte sind nun in der weiteren Bearbeitung auszuarbeiten. Der Einwohnerrat muss nur die Leitlinien definieren.

Der Streichungsantrag kommt wie aus der Hüfte geschossen. Es haben sich schon breit abgestützte Gremien mit diesen Leitlinien befasst.

Thomas Meier: Präzisierend halte ich fest, dass ich die Arbeit schätze. Ich habe aber gelesen, und so wird es auch interpretiert, dass bei den Leitlinien die Handlungsfelder als Beispiele genommen werden können. Es gibt aber das Ist und das Soll. Und unter "soll" ist das Kriterium formuliert: "Das Kriterium der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfüllen Eltern, die den Nachweis einer Arbeitstätigkeit, des Besuches einer Aus- oder Weiterbildung oder der Stellenlosigkeit und der damit verbundenen Erhaltung der Vermittelbarkeit erbringen."

Es ist ausformuliert und stellt keine Leitplanke dar. Ohne Beweis einer Erwerbstätigkeit der Eltern gibt es keine Subvention. Darunter sind noch weitere Handlungsfelder genannt. Hier besteht die Interpretationsmöglichkeit. In den anderen Punkten wurde bewusst eine Ausformulierung unter "Soll" aufgenommen. Ich bin der Meinung, dass 6.2 gestrichen werden soll. Damit wird das Projekt nicht gefährdet.

Yvonne Feri, Gemeinderätin: Noch ein Wort zum Ablauf: Die Änderung der Stadt Baden ist keine inhaltliche Änderung. Es handelt sich nur um ein Herumschieben der Leitsätze. Das ist ohne Probleme machbar. Der vorliegende Antrag von Leo Scherer wäre eine inhaltliche Änderung.

Bei einer Streichung müssten die anderen Gemeinden nochmals dazu Stellung nehmen.

Christian Wassmer: Ich kann aktuell mitteilen, dass Obersiggenthal dem Gesamtpaket zugestimmt hat, inklusive der Anpassung aus Baden.

Leo Scherer Kleiner: Ich bin etwas ausser mir. Bei Verbundaufgaben ist es den einzelnen Gemeinden verwehrt noch zu gestalten. Man kann als Einzelgemeinde nur noch zustimmen oder ablehnen. Es besteht kein Gestaltungsspielraum mehr. Unterschiedliche Meinungen in den beteiligten Gemeinden müssen noch möglich sein. Allenfalls ist tatsächlich eine zweite Runde nötig.

Yvonne Feri, Gemeinderätin: Bei einer Ablehnung würde der Gemeindevertrag nicht zustande kommen. Wettingen würde dem Krippenpool nicht mehr angehören.

Abstimmungen

Der Streichungsantrag Leo Scherer betreffend Leitlinie 6.2 wird mit 33 : 10 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

In Einzelabstimmungen (Ziffer 1: Zustimmung mit 46 : 0, bei 2 Enthaltungen; Ziffer 2: Zustimmung mit 45 : 1; bei 2 Enthaltungen; Ziffer 3: 46 : 0, bei 2 Enthaltungen; Ziffer 4: einstimmig) fasst der Einwohnerrat folgende Beschlüsse:

Beschlüsse des Einwohnerrates

1. Von der „Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder“ wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Leitlinien der „Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder“ (ab 2014) werden genehmigt.

Die strategischen Leitlinien, gemäss "Strategie Familienergänzende Betreuung Vorschulkinder", für die Weiterentwicklung der Betreuungsangebote für Vorschulkinder bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages.

3. Der Gemeindevertrag zwischen den Gemeinden Baden, Ennetbaden, Obersiggenthal und Wettingen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Betreuungsangebotes für Kinder im Vorschulalter wird genehmigt.
4. Der Verpflichtungskredit von Fr. 45'100.00 für die Vorbereitung der Umsetzung der Strategie im Jahr 2013 wird genehmigt.

5. Planung eines Gemeindebüros im Rathaus

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Wie im „Das Wichtigste in Kürze“ vom Gemeinderat hervorgehoben wird, hat der Einwohnerrat mit Beschluss vom 3. Mai 2007 das Postulat von Werner Hartmann betreffend Planung eines Gemeinde- oder Stadtbüros im Rathaus folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt, für die Umsetzung des Gemeindebüros die notwendigen Schritte einzuleiten. Dabei ist speziell die Integration der Einwohnerkontrolle zu prüfen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Umsetzung des Gemeindebüros eine moderate Erhöhung des Stellenplanes nötig ist.

Die Vorlage "Planung eines Gemeindebüros im Rathaus" muss im Zusammenhang mit dem Kreditbegehren "Umbau Erdgeschoss für ein Gemeindebüro im Rathaus" betrachtet werden.

Stellen wir doch folgende Rechnung auf: Wir haben 365 Kalendertage, davon sind 52 Sonntage, 52 Samstage, 9 Feiertage. Das ergibt 252 Öffnungstage des Gemeindehauses.

Die Mitarbeitenden haben 22 Ferientage, 5 Tage Weiterbildung, 5 Tage Krank/Unfall. Es verbleiben somit 220 Arbeitstage. Wir haben damit 32 Fehltage, an denen an diesem Arbeitsplatz niemand anwesend ist und mit Stellvertretungen abgedeckt werden müssen. Auch da fallen 5 Tage Ferien/Weiterbildung/Unfall/Krankheit an, was gesamt 37 Tage für die Stellvertretung ausmacht.

Gesamthaft müssen 289 Arbeitstage zur Verfügung gestellt werden, um einen Platz zu 100 % besetzen zu können. Dies entspricht 131 Stellenprozenten.

Unbestritten ist die Tatsache, dass die heutigen Bedienzeiten der Telefonzentrale ungenügend sind. Die heutige Besetzung mit 95 Stellenprozenten entspricht nicht den Erwartungen der Bevölkerung. Bei einer „Bedienzeit der Telefonzentrale von 8 Stunden (z.B. 07.30 bis 12.00 und 13.30 bis 17.00) benötigt es wie vorgängig erläutert 130 Stellenprozente, um auch Ferien, Weiterbildung und Krankheit abzudecken. Die Finanzkommission geht davon aus, dass in diesen 130 Stellenprozenten oder 289 Arbeitstagen, neben den Kernaufgaben Telefon und Empfang, viele der Aufgaben wie zum Beispiel: Verkäufe, Ticketverkäufe, Monitorbewirtschaftung, Bewilligungen usw. erledigt werden können.

Es sollen weiter die Aufgaben des Verkehrsvereins in die Verwaltung übernommen werden. Werden die errechneten Personalkosten von Fr. 267'000.00 und 285 Stellenprozenten in das Verhältnis der Fr. 20'000.00 Aufwendungen Verkehrsverein gestellt, so wurde der Verkehrsverein mit Fr. 20'000.00 für 20 Stellenprozente entschädigt. Bei einer Aufstockung um weitere 45 Stellenprozente, dürften die geforderten Zusatzaufgaben wie Organisieren von Führungen, touristische Dienstleistungen oder Organisieren von Anlässen, durch die zweite Person am zweiten Arbeitsplatz der Telefonzentrale erledigt werden können.

Wie durch die Verwaltung immer wieder hervorgehoben wird, ist die Gemeinde Wettlingen eine Organisation der offenen Türen und direkten Kontakte. Dieser lobenswerte Ansatz kann in der heutigen Kommunikationstechnik durch Hilfsmittel wie "Für Fragen im Bereich Steuererklärung drücken Sie Taste 7" unterstützt werden. Weiter ist der Aufbau der Gemeinde-Homepage so aufgebaut, dass wer will, heute schon direkt Kontakt mit den zuständigen Ansprechpartnern aufnehmen kann.

Wir stellen uns weiter die Frage, wieso durch eine Zentralisierung der Aufgaben, Stellen aufgestockt werden sollen. Der vorliegende Antrag zeigt folgende Teilbereiche im Vergleich alt/neu: Verkäufe alt 10 % - neu 15 %; Ticketverkäufe alt 0 % - neu 10 %; Monitore alt 0 % - neu 5 %; Bewilligungen alt 5 % - neu 10 %; Führungen alt 0 % - neu 15 %; Anlässe alt 0 % - neu 25 %; total alt 15 % - neu 80 %.

Es ist davon auszugehen, dass aus resultierenden Synergien der Zusammenlegung Stelleprozente reduziert oder mit den bestehenden Stellen mehr Kundenleistung erbracht werden können.

Wir kommen damit zum Schluss, dass mit 130 Stellenprozenten am Telefon gestartet werden soll. 20 Stellenprozente sollen zur Abdeckung des Verkehrsvereins dienen. Zusätzlich sollen 45 Stellenprozente zur Verfügung gestellt werden, um die zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen zu können.

Die Finanzkommission stellt folgenden Antrag:

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt, für die Umsetzung des Gemeindebüros die notwendigen Schritte einzuleiten (7 : 0, bei 7 Anwesenden).
2. Zur Umsetzung des Gemeindebüros soll der Stellenplan um maximal 100 % erhöht werden (5 : 2, bei 7 Anwesenden).

Thomas Benz: Für die CVP-Fraktion ist die Schaffung eines Gemeindebüros in Wettingen unbestritten. Um einen Mehrnutzen für die Bürger zu erzielen braucht es zwei Dinge: einerseits ist es eine neue Organisation und die damit verbundene Stellenerhöhung, andererseits sind es bauliche Massnahmen.

Die neue Organisation macht aus unserer Sicht Sinn. Sie bringt Mehrnutzen durch eine zentrale Anlaufstelle für den Bürger. Sie wird zudem auch die stark beanspruchte Verwaltung in gewissen Bereichen entlasten, damit man sich da auf die Kernaufgaben konzentrieren kann. Die vorgeschlagene Stellenerhöhung entspricht nicht ganz der gewünschten moderaten Erhöhung. Sie macht aber für einen Teil von uns Sinn. Eine Stellvertretung für die Standortförderung ist für uns zurzeit nicht nötig. Auch bei den Führungen würden wir Abstriche machen. Eine noch radikalere Kürzung nach dem Vorschlag der Finanzkommission, ist für einen grossen Teil der Fraktion aber keine Lösung. Dies würde der Sache nicht dienen.

Wir stellen darum einen zusätzlichen Antrag zu Ziffer 2: Die CVP-Fraktion beantragt eine Stellenerhöhung für das Gemeindebüro um maximal 160 % auf maximal total 255 Stellenprozente.

Claudia Berli-Widmer: Die FDP-Fraktion begrüsst die Umsetzung eines Gemeindebüros. Aber der Vorschlag des Gemeinderates zur Stellenerhöhung erachtet die Fraktion als zu hoch. Wir werden den Antrag der Finanzkommission grossmehrheitlich unterstützen.

Die Fraktion ist gemäss Protokoll vom November 2011 von einer Erhöhung um 55 % ausgegangen. Wie aus dem Vorschlag des Gemeinderates hervorgeht, werden die zusätzlichen Prozente auch auf andere Abteilungen abgewälzt, ein grosser Teil auch auf die Standortförderung. Jeden Tag ist aus den Medien zu erfahren, wie an vielen Orten Stellen aus Sparmassnahmen abgebaut werden. Bei der öffentlichen Verwaltung will man grosszügig aufstocken.

Die FDP ist der Auffassung, dass die Erhöhung um 100 % genügend sein muss.

Marie-Louise Reinert: Ich werde den Eindruck nicht los, dass wir einen Bazar betreiben. Die eine Seite nennt eine Zahl und die ist hoch. Die andere Seite denkt, diese Zahl ist zu hoch und nennt eine kleinere Zahl. Ich bin davon ausgegangen, dass die Vorlage sorgfältig gerechnet ist. Ich sehe, dass das Angebot für den Kunden erweitert werden soll.

Ich stelle mir damit vor, dass diese Personen sich auf die Kunden konzentrieren und sie schnell bedienen können. Sie sollen nicht mit Organisationsfragen beschäftigt sein, viel Papier auf den Tischen wälzen und nur mehr zufällig sich den Kunden zuwenden können.

Das habe ich schon in Einrichtungen erlebt, die sich Stadtbüro nennen. Ich stelle mir weiter vor, dass für Kunden, die wochentags nicht Zeit finden, auch samstags Dienstleistungen angeboten werden. Nach den Konzeptvorstellungen sollen zusätzliche Dinge organisiert werden, die unsere Gemeinde noch attraktiver erscheinen lassen.

Unsere Fraktion EVP/Forum5430 wird diesen Antrag durchwinken.

Joseph Wetzel: Unser Kollege Werner Hartmann hat vor mehr als fünf Jahren die Schaffung eines Gemeindebüros gefordert. Nach einer ersten Konsultation des Einwohnerrats vor einem Jahr, legt uns nun der Gemeinderat ein Projekt vor. In diesem legt er fest, welche Aufgaben das Gemeindebüro übernehmen soll. Mit diesem Pflichtenheft sind wir grundsätzlich einverstanden und erwarten vor allem, dass der Gemeinderat bei der Umsetzung immer das Ziel im Auge behält. Dieses Ziel soll gemäss dem ursprünglichen Postulat vor allem ein kundenfreundlicher und leichter Zugang sein zu allen Dienstleistungen, die das Rathaus bietet. Das muss nach Meinung unserer Fraktion vor allem anderen erreicht werden. Im gleichen Postulat hat unser Kollege damals auch darauf hingewiesen, dass die Stadt Aarau einen solchen Service praktisch ohne Erhöhung des Stellenplans aufgebaut habe. Wir können der Begründung für eine moderate Stellenerhöhung aber folgen, wie sie die vorliegende Vorlage fordert. Sie ist mit zusätzlichen Leistungen gut begründet. Aus diesem Grund stimmen wir dieser Vorlage zu, können aber allenfalls auch mit dem Antrag der CVP leben.

Jürg Baumann: Die SVP-Fraktion ist auch heute noch für die Schaffung eines Gemeindebüros, aber nicht mit den beantragten Stellenerhöhungen. Die Aufstellung des Gemeinderates entbehrt jeglicher betriebswirtschaftlicher Kriterien. Synergien sind keine ausgewiesen. Wir stellen uns hinter den Antrag der Finanzkommission.

Marie-Louise Reinert: Das von mir zitierte Beispiel betraf Aarau. Ich habe es mindestens fünfmal erlebt. Ich erwähne dies, da eben gesagt wurde, es seien in Aarau keine Stellenerhöhungen vorgenommen worden.

Leo Scherer Kleiner: Ich höre den Vorwurf, es seien die Synergien nicht untersucht worden. Wenn ein Ladeninhaber sein Geschäft total erneuert und verbessert, so geht er nicht davon aus, dass gleich viele Leute kommen werden und es gleich viele Arbeitsplätze brauchen wird. Er geht davon aus, dass mehr Leute kommen werden. Man darf also damit rechnen, dass bei einer Änderung, mit der man empfänglicher wird für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die Frequenzen steigen und damit auch ein Mehrbedarf an Stellenprozenten sich ergeben wird.

Thomas Benz: Ich äussere mich noch zum Stichwort Bazar. Das war nicht unser Ansatz. Wir wollten keine zusätzlichen Stellenprozente für Stellvertretungen in der Standortförderung und im Bereich Führungen.

Yvonne Vogel: Sicher ist es schön, wenn man in einem Gemeindebüro ohne Wartezeit bedient wird. Aber man wartet auch mal an einem Bankschalter oder in einem Laden. Weder in der Privatwirtschaft noch in der öffentlichen Verwaltung kann das Personal so aufgestockt werden, dass es immer für Spitzenbelastungen ausgelegt ist. Das ist finanziell nicht tragbar und auch nicht wünschenswert. Damit kann eine Wartezeit in Kauf genommen werden.

Heinz Graf: Als meine Stieftochter die Lehre in der Gemeindeverwaltung machte, so schwärmte sie über die super Lehre. Sie musste auch mal die Stellvertretung am Schalter übernehmen. Aber an dieser Position war sie nicht ausgelastet. Natürlich soll eine Neuorganisation geschaffen werden. Aber im Zeitalter des Internets werden immer mehr Dienstleistungen auf diesem Wege in Anspruch genommen. Damit unterstütze ich den Antrag der Finanzkommission.

Dr. Markus Dieth, Gemeindeammann: Ich danke für die grundsätzlich mehrheitlich positive Aufnahme des Geschäfts. Mit dem Postulat ist primär eine Qualitätssteigerung im Eingangsbereich gefordert worden. Die Laufkundschaft und die Telefonerreichbarkeit müssen besser bedient werden. Es ist auch der Einbezug der Einwohnerkontrolle gefordert worden.

In der Einwohnerratssitzung vom 10. November 2011 ist unisono ein Ja zum Gemeindebüro ausgesprochen worden. Diese Bereitschaft ist auch heute nicht bestritten. Es geht noch um die Stellenprozente. Im November 2011 ist eine moderate Erhöhung in der Grössenordnung von 55 % gefordert worden.

Dem Wunsch des Einwohnerrates nach einer Integration der Einwohnerkontrolle ist entsprochen worden. Das Gemeindebüro wird mit der Einwohnerkontrolle zu den Einwohnerdiensten zusammengefasst. Die Bedürfnisse der eigentlichen Kunden der Einwohnerkontrolle und des Gemeindebüros sind unterschiedlich. Auch in Bezug auf die Diskretion sind andere Massstäbe anzusetzen. Damit hat es keinen Sinn gemacht, die Einwohnerkontrolle räumlich neu anzuordnen. Man hat nur eine organisatorische Integration vorgenommen.

Noch ein Wort zur moderaten Stellenplanerhöhung: Wir haben heute 220 Angestellte in der Verwaltung.

Heute sind für die wichtige Anlaufstelle 95 Stellenprozente reserviert. Wir sind zum Schluss gekommen, wenn die vom Einwohnerrat gewünschten Dienstleistungen so angeboten werden sollen, so müssen noch zwei zusätzliche Personen eingesetzt werden.

Man schafft neue Dienstleistungen und es kommt zu Dienstleistungserhöhungen. Es werden andere Aufgaben übernommen, z.B. Verkehrsverein. Für all das sollen drei Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wir bitten Sie, den gemeinderätlichen Antrag zu unterstützen. Mit dem Antrag der CVP kann der Gemeinderat leben. Es wird aber darum gebeten, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Abstimmungen

In der ersten Abstimmung wird Ziffer 1 einstimmig angenommen.

In der zweiten Abstimmung obsiegt der Antrag der CVP gegenüber dem Antrag der Finanzkommission mit 24 : 22 Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

In der dritten Abstimmung wird der Antrag der CVP mit 33 : 14 Stimmen, bei einer Enthaltung, dem gemeinderätlichen Antrag vorgezogen.

In der Schlussabstimmung zu Ziffer 2 wird der Stellenplanerhöhung um 160 % mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.

Beschlüsse des Einwohnerrates

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt, für die Umsetzung des Gemeindebüros die notwendigen Schritte einzuleiten.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stellenplan gestaffelt um 160 % erhöht werden soll.

6. Kreditbegehren von Fr. 1'378'500.00 zum Umbau des Erdgeschosses für ein Gemeindebüro im Rathaus

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Die Regionalpolizei Wettingen Limmattal verlässt auf Ende 2013 das Rathaus. Dieser Wegzug schafft die räumliche Voraussetzung für den Umbau zur Schaffung eines Gemeindebüros im Erdgeschoss des Rathauses.

Aus Sicht der Finanzkommission müssen wir uns die Frage stellen, ob uns ein unspektakulärer Gesamtumbau Erdgeschoss Rathaus Wettingen knapp 1,4 Mio. Franken wert ist. Ist uns das Gemeindebüro diesen Betrag wert, erscheint es müssig, jeden einzelnen Posten anzuschauen. Wir müssen uns auf das Urteil der Fachleute verlassen können. Um so mehr wir mit Daniel Huser einen versierten Baufachmann in diesem Ressort als Vorsteher haben. Kommt uns die Summe für den unspektakulären Umbau zu hoch vor, führt kein Weg daran vorbei, dass wir uns über die einzelnen Umbauvorhaben Gedanken machen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass neben dem Gemeindebüro noch folgende zusätzliche Räume geschaffen werden: 1 Sitzungszimmer/Arbeitszimmer, 1 Sitzungszimmer gross, 1 Sitzungszimmer/Aktenauflage, 1 Arbeitsplatz Kultursekretariat/Sportkoordination.

Bei der Betrachtung der heutigen Gegebenheiten und dem uns vorliegenden Entwurf in Modellform, bleibt der Wow-Effekt definitiv aus. Man muss schon ein zweites oder drittes Mal hinsehen, um die fast 1,4 Mio. Franken zu finden. Wir haben immer noch eine Stufe im Boden des Eingangs, wir haben immer noch ein Schalterambiente und wir haben immer noch einen Seiteneingang, der von den gewohnten Rathausbenutzern als Haupteingang benutzt wird. Ich werde das Gefühl nicht los, dass bei diesem Projekt von innen nach aussen und nicht aus Kundensicht von aussen nach innen geplant wurde. Hätte man vor Jahren die Schalterangestellten der Banken gefragt, was sie in der Kundenkontaktzone geändert hätten, wären wohl auch als erstes dickere Panzergläser an den Schalteranlagen gefordert worden. Zum Glück fragten die Banken nicht nur ihre Angestellten, sondern berücksichtigten bei der Umgestaltung ihrer Kundenkontaktzonen die Bedürfnisse ihrer Kunden. So entstanden helle, freundliche und einladende Begegnungs- und Arbeitszonen.

Genug geträumt, zurück zum vorliegenden Projekt. Nach ausführlichen Erläuterungen einzelner Kostenblöcke durch die Abteilung Bau und Planung, standen für die Finanzkommission noch folgende Punkte in Ausführung und Umgang zur Diskussion: Beleuchtung, Bodenbeläge, Deckenbeleuchtung, Ausstattung, Lüftung, Genauigkeit der Kostenschätzung von +/-15 %, Reserven.

Die Finanzkommission diskutierte auch einen Gegenvorschlag mit einer Kürzung des Kredites auf 1,1 Mio. Franken. Die Darstellungen der Fachleute sind für die Finanzkommission mehrheitlich nachvollziehbar. Es erscheint uns schwierig, das Projekt zu zerpfücken und einzelne Abstriche zu machen. Viel mehr ist es uns ein Anliegen, mit einer gezielten Materialauswahl, einer kostenbewussten Vergabe und einem straffen Kostenmanagement Vernünftiges von Gewünschtem zu trennen und so die Kosten im Griff zu haben. Aus den oben erwähnten Gründen wurde der Zusatzantrag der Finanzkommission zurückgezogen. Zurück bleibt ein Abstimmungsverhältnis, das klar aufzeichnet, dass der gemeinderätliche Antrag in der Art und im Umfang sehr umstritten war.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, das Kreditbegehren von Fr. 1'378'500.00 zum Umbau des Erdgeschosses für ein Gemeindebüro im Rathaus nach intensiv geführten Diskussionen mit 4 Ja : 1 Nein und 2 Enthaltungen, bei 7 Anwesenden, zu genehmigen.

Martin Egloff: Fr. 1'378'500.00 - ein stattlicher Kreditantrag für einen Umbau! Es handelt sich aber auch um eine stattliche Fläche im Rathaus bzw. um ein stattliches Volumen: Ca. 525m² umfasst das Erdgeschoss, was etwa drei Einfamilienhäusern entspricht, und es beinhaltet ca. 2'360m³.

Ich habe die Kosten auf die zu sanierenden Quadratmeter und auf die Kubikmeter umgerechnet. Da waren die Beträge für mich fassbarer. Auch waren sie nicht mehr so exorbitant hoch. Verglichen mit Referenzgrössen, liegen die Beträge absolut im sogenannten üblichen Bereich. Im Kreditantrag hat es wohl schon noch etwas Luft und wir können davon ausgehen, dass zum Beispiel die Reserve nicht gebraucht wird. Wir geben den Planenden und den Ausführenden gerne mit auf den Weg, die pragmatischen Lösungen zu wählen.

Das Schöne liegt ja meist im Einfachen. Es ist wieder einmal ein Projekt in einem klassischen Bau, an einem wichtigen Ort. Etwas zum „Anfassen“ und Erleben. Ausserdem soll es einen wichtigen Zweck erfüllen. Es steht Wettingen gut an, eine Visitenkarte abzugeben und eine offene, kundenfreundliche Anlaufstelle für Bewohnerinnen und Besucher anzubieten.

Die FDP-Fraktion hat am 10. November 2011 die Planung eines Gemeindebüros im Rathaus unterstützt und unterstützt auch heute grossmehrheitlich den vorliegenden Kreditantrag.

Thomas Benz: Für die CVP-Fraktion ist klar, dass das Erdgeschoss nach so vielen Jahren saniert und für die kommenden Jahrzehnte fit gemacht werden muss. Im Zusammenhang mit dem Gemeindebüro macht das Sinn. Wie der Bahnhof, stellt auch der Empfang im Rathaus eine Visitenkarte dar. Die Kosten wirken auch für uns auf den ersten Blick sehr hoch. Bei genauerem Hinsehen werden sie fassbar. Brandschutz und Erdbebenertüchtigung spielen da sicher auch noch eine grosse Rolle. Wie die Finanzkommission bezweifeln auch wir, ob diese Vorlage das Gelbe vom Ei ist. Wir hinterfragen die Gestaltung des zentralen Bereichs, der die heutige Situation aufnimmt und etwas anders anordnet. Bringt das wirklich den gewünschten zusätzlichen Bürgernutzen resp. die erwünschte Bürgernähe? Eine Schaltersituation aus Glas schottet auch weiterhin die Verwaltung vom Kunden oder Bürger ab. Der Blick auf den Empfang bleibt vorerst verborgen. Man sieht beinahe durch das Gebäude hindurch. Wir regen an, dass man nochmals nach kundefreundlicheren Lösungen sucht. Allenfalls sind zusätzliche Spezialisten zuzuziehen, wie Innenarchitekten oder Farbgestalter. Wir bauen wie beim Bahnhof eine sehr wichtige Visitenkarte für die kommenden Jahrzehnte. Zusätzlich zum Baukredit, der von uns aus mit gutem Gewissen genehmigt werden kann, da die Kosten logisch erscheinen, stellen wir einen zusätzlichen Antrag.

Wir hoffen, dass der eine Mehrheit findet. So könnte damit beigetragen werden, den Horizont nochmals zu öffnen für die Kernzone. Der Antrag lautet:

Beim Beschluss des Einwohnerrates soll Folgendes ergänzt werden: "Für eine kundenfreundlichere Lösung sind weitere Gestaltungsvarianten für den zentralen Kundenbereich zu suchen und zu prüfen; dies unter Einbezug relevanter Spezialisten wie Innenarchitekt und/oder Farbgestalter."

Joseph Wetzel: Im bereits mehrmals erwähnten Postulat von Werner Hartmann steht auch der Satz "Der Eingangsbereich im Rathaus ... ist nicht sehr freundlich gestaltet ...". Jetzt bietet sich die Chance, diese Räumlichkeiten in eine attraktive Visitenkarte für Wettingen zu verwandeln. Das gilt umso mehr, als die Regionalpolizei ihre Büros Ende des nächsten Jahres freigibt.

Grundsätzlich ist die Fraktion SP/Wettigrüen mit dem geplanten Umbau des Erdgeschosses einverstanden. Wir nehmen dabei die Einrichtung eines Besprechungszimmers, das ausdrücklich auch für die Aktenaufgabe vorgesehen ist, gerne zur Kenntnis, auch wenn dies in keiner Weise die Hauptstossrichtung dieses Kreditbegehrens ist. Wir finden es wichtig, dass die Neugestaltung des Erdgeschosses sorgfältig geplant wird. Es muss unter allen Umständen auf eine zeitgemässe Konzeption der Räume geachtet werden. Die Besucherinnen und Besucher müssen von einer freundlichen und leicht zugänglichen Gemeindevertretung empfangen werden. Wir erwarten eine Gestaltung der Empfangszone, wie sie auch in zeitgemässen Bankfilialen oder in anderen gut gestalteten Rathäusern zu finden ist. Wir denken, dass in dieser Hinsicht das Projekt noch Verbesserungen verdient. Wir unterstützen damit den Antrag der CVP.

Mit den hohen Kosten sind wir einverstanden. Wir akzeptieren beispielsweise, dass der gesamte Boden des Empfangsbereichs – von der Eingangstüre bis in die Empfangszone des Gemeindebüros – einen einheitlichen, neuen Belag erhält. Das ist zwar teuer, aber es ist eine vertretbare Investition für ein überzeugendes Erscheinungsbild. In diesem Sinn unterstützt unsere Fraktion diesen Kreditantrag.

Marie-Louise Reinert: Die Fraktion EVP/Forum 5430 stellt sich hinter das Kreditbegehren. Es sind gewisse Gegebenheiten zu berücksichtigen. Ich habe mir erklären lassen, dass tragende Säulen vorhanden sind, die eine Rechtwinkligkeit vorgeben.

Wir wünschen, dass man sich mit dem Thema der beiden Stufen nochmals auseinandersetzt. Selbstverständlich kann man das Rathaus mit Rollstuhl oder Kinderwagen über den Seiteneingang erreichen. Vielleicht entspricht das ja auch dem Wettinger Modell, sich nicht mehr Gedanken zu dieser Gestaltung zu machen. Die beiden Stufen erzeugen eine gewisse Magistralität der Einrichtung Rathaus. Sie bleibt. Im Bundesgericht in Lausanne geht es eine steile, lange Treppe hinauf. Bei uns sind zwei Stufen halt zwei Stufen. Wir sind gespannt, was ein Innenarchitekt dazu sagen wird.

Daniel Frautschi: Die SVP unterstützt den Einbau eines Gemeindebüros im Erdgeschoss. Sie ist aber über die Höhe des Kreditbegehrens erstaunt. Nach Abklärungen umfasst der Kredit nicht nur den Einbau des Gemeindebüros, sondern die gesamte Erneuerung des Erdgeschosses. Wir erachten das Gesamtpaket als unglückliche Lösung.

Wir gehen davon aus, dass der Gemeindebürobau rund Fr. 500'000.00 kosten dürfte. Der restliche Betrag ist für die Neugestaltung des Erdgeschosses. Zieht man die Beträge für die Erdbenenertüchtigung und die Brandschutzmassnahmen ab, so bleibt für den Umbau des Erdgeschosses noch ein Betrag von Fr. 748'500.00 übrig. Unsere Fraktion erachtet den Kreditantrag für die Erdgeschossverschönerung überteuert. Wir stellen daher einen Kürzungsantrag: "Das Kreditbegehren von Fr. 1'378'500.00 zum Umbau des Erdgeschosses für ein Gemeindebüro im Rathaus sei um Fr. 250'000.00 auf Fr. 1'128'500.00 zu kürzen."

Yvonne Vogel: Im Namen der ganzen FDP-Fraktion kann ich erwähnen, dass wir hinter dem Antrag der CVP stehen. Wir finden das einen guten Antrag. Die Planungen dürfen noch überarbeitet werden. Da gibt es sicherlich noch Verbesserungspotenzial. Wir halten aber klar am vorgeschlagenen Betrag des Kreditbegehrens fest. Wir sind der

Meinung, dass auch unter Einbezug zusätzlicher Fachleute, der Betrag immer noch genügen muss. Auch dannzumal sollen die Reserven nicht gebraucht werden. Der Kreditrahmen ist sehr grosszügig. Ein Zusatzkreditbegehren kommt für uns nicht in Frage.

Heinz Graf: Wir wissen alle, dass umbauen sehr teuer ist. Vielfach steht nicht der Gegenwert da, der erwartet wird. Die fast 1,4 Mio. Franken bilden nicht den Gegenwert, der von dieser Umbaumassnahme erwartet wird. Es nützt nichts, wenn an den Kosten geschraubt wird. Es ist nicht die Lösung, die man sich für Wettingen vorstellen könnte, auch wenn hier gewisse Euphorien aus den Parteien zu hören sind.

Sicher kann der planende Architekt bei dem überrissenen Honorar die Hände reiben. Vor Kurzem haben sich Architekten an einem Seminar in der Innerschweiz beklagt, welche Honorare heute akzeptiert werden müssen. Für ein Einfamilienhaus seien weniger als Fr. 100'000.00 zu lösen, obwohl fast zwei Jahre Arbeit dahinter stecke.

Im Bericht war zu lesen, dass die Natursteine nicht mehr erhältlich seien. Aus diesem Grund müsse der gesamte Eingangsbereich erneuert werden. Das ist bei Natursteinen gerade ein Unsinn. Südländer verstehen es, mit Natursteinen gut umzugehen und zu mischen. Es spielt keine Rolle, wenn ein Naturstein über einen gewissen Mauerteil hinausragt. Man kann mit anderen Farben optimal arbeiten, ohne dass das ganze Erdgeschoss mit neuen Steinen belegt werden muss.

Es ist immer unerfreulich, wenn ein Projekt kritisiert wird. Aber kann das Eingangskonzept wirklich überzeugen? 80 % der Besucher des Rathauses gelangen über den Seiteneingang ins Rathaus. Jeder soll sich selber einmal überlegen, welcher Eingang ein Wohlgefühl auslöst. Etwas stimmt nicht, wenn ein Rathaus konzipiert wird, bei dem der Nebeneingang zum Haupteingang wird. Mit Marie-Louise Reinert bin ich der Meinung, dass die Stufen gelöst werden müssen. Auf einfache Art mit Leichtbeton kann eine Lösung gefunden werden. Es muss im gesamten Parterrebereich eine gute Lösung gefunden werden, die für viele Jahre genügt. Es soll nicht in ein paar Jahren wieder eine Korrektur vorgenommen werden müssen.

Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass das Projekt zur Überarbeitung zurückgewiesen wird.

Holger Czerwenka: Ich gebe zu bedenken, dass bei der Betrachtung des grösseren Rahmens die Konzeption mit den verschiedenen Niveaus und damit der Erreichbarkeit über Stufen und Rampen stimmt. Man hat sich mit dem vorliegenden Kreditbegehren verschiedene Gedanken gemacht. Aus diesem Grund soll es so gutgeheissen werden.

Daniel Huser, Gemeinderat: Mit der Zustimmung zum vorhergehenden Traktandum ist der Grundstein gelegt für die zügige Weiterbearbeitung. Gerne nehme ich zu den einzelnen Voten kurz Stellung.

Ich habe die Träume weggelassen. Man ist mit einer realistischen Sicht auf die Dinge an das Projekt herangegangen. Es ist eine Tatsache, dass das Gebäude 1959 eingeweiht worden ist. Der Haupteingang lag schon immer in der platzseitigen Front. Der Seiteneingang war anfangs viel kleiner. Die Struktur des Gebäudes ergibt sich über die Anordnung der Stützen und Wände.

Es war nun der Auftrag, einen Umbau zu realisieren, der dem Anspruch nach Kundenzufriedenheit genügt und die baulichen Rahmenbedingungen aufnimmt. In der Projektentwicklung waren sämtliche Abteilungen involviert. Unter Berücksichtigung der Komplexität der Erdbebenertüchtigung und möglicher Brandschutzmassnahmen ist das vorliegende Konzept entstanden.

Die Sparvariante der SVP würde zu sichtbaren Differenzen zwischen alt und neu führen. Wir können nicht nach italienischen Methoden vorgehen. Es würde ein Flickwerk entstehen. Ich bitte darum, diesen Antrag abzulehnen.

Mit Bezug auf die Arbeitsvergaben wird die übliche Praxis angewendet werden. So werden mehrere Unternehmen zur Offertstellung eingeladen. Der Zuschlag erfolgt alleine über den Preis. Nach den KOF-Prognosen ist damit zu rechnen, dass die Aufträge zu guten Konditionen für uns vergeben werden können.

Der Antrag der CVP soll als Anregung entgegengenommen werden. Falls ein Innenarchitekt zugezogen werden soll, so ist dies mit zusätzlichen Kosten verbunden. Es ist klar geworden, dass noch nicht alles voll überzeugt. Damit soll nicht ein formeller Antrag zur Behandlung gelangen. Es sind in der Bau- und Planungsabteilung Fachleute wie Architekten vorhanden. Ihre Anregung soll in der weiteren Bearbeitung aufgenommen werden.

Noch ein Wort zu den Rollen von Einwohnerrat und Gemeinderat: Ich habe in der Vergangenheit immer das Verständnis gehabt, dass der Einwohnerrat als Legislative gebe die Stossrichtung bekannt. Er befasst sich aber nicht mit den Detailplanungen. Der Gemeinderat erarbeitet mit den Abteilungen die Details. Aber nach dem Gehörten bin ich mir nicht mehr sicher, wie die korrekte Rollenverteilung aussieht.

Zusammenfassend bitte ich Sie, die Sparvariante abzulehnen. Weiter soll der Antrag der CVP als Anregung mitgenommen werden können.

Thomas Benz: Wir sind der Überzeugung, dass mit den vorgesehenen Honoraren, den Reserven und den möglichen Einsparungen aufgrund der Konjunkturzeichen es noch Platz hat für den Beizug eines Spezialisten. Dieser kann noch Varianten aufzeigen. In diesem Sinne halten wir am Antrag fest.

Hanna Läng: Der Gemeinderat hat nichts mehr zur Behindertenfreundlichkeit gesagt. Das soll in der weiteren Bearbeitung aufgenommen werden. Heute gibt es dazu keine gute Lösung.

Holger Czerwenka: Ich gebe zu bedenken, dass wir nun schon eine halbe Stunde über einen Eingangsbereich sprechen. Es stehen noch Diskussionen für den Bau und Umbau von Schulhäusern an. Auch das tägi wird uns noch weiter beschäftigen.

Martin Egloff: Ich nehme das Votum von Daniel Huser auf. Der heute schon beauftragte Architekt soll die Chance erhalten, das Projekt zu überarbeiten. Es soll kein fremder Planer zugezogen werden.

Abstimmungen

Der Rückweisungsantrag Heinz Graf wird mit 43 : 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Der Antrag der CVP betreffend kundenfreundlichere Lösung wird mit 26 : 21 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Der Kürzungsantrag der SVP wird mit 34 : 12 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

In der Schlussabstimmung fasst der Einwohnerrat mit 34 : 13 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Gestaltung eines Gemeindebüros im Erdgeschoss des Rathauses wird ein Baukredit von Fr. 1'378'500.00 bewilligt.

8. Kreditbegehren von Fr. 72'450.00 für die Aktualisierung und Instandstellung der IT-Standortvernetzung

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: In einem sehr informativen Gespräch erläuterte mir der IT-Verantwortliche der Gemeinde Wettingen, Andreas Ruch, den IST- und SOLL-Zustand des Netzwerkes der Gemeinde Wettingen mit den Standorten Rathaus, EW-Gebäude Landstrasse und der Möglichkeit, den Neubau EWW Fohrhölzli mit einzubinden.

Folgende Risiken bestehen heute: Kritische Systeme sind redundant vorhanden, befinden sich aber physisch im selben Raum. Wichtige Aussenstandorte sind abhängig von einer einzigen Netzwerkverbindung. Eine flache Netzwerk-Hierarchie erschwert die Erweiterung und erlaubt keine Optimierung mehr.

Folgende Ziele müssen mit der neuen Struktur erreicht werden: Risikominimierung eines Betriebsausfalls; Reduktion der Auswirkung von Netzwerkstörungen; Sicherstellen einer weiteren Ausbaubarkeit des Netzwerkes; klare Hierarchien; kritische Systeme verteilen; redundante Anbindung der Standorte Rathaus, Landstrasse, EWW Fohrhölzli.

Der Neubau EWW Fohrhölzli ist eine ideale Gelegenheit, den Aufbau eines Ringes für die drei Standorte Rathaus, Landstrasse und Fohrhölzli zu realisieren. Für die Standorte Werkhof und Tägerhard wird aufgrund der geringen Anzahl Benutzer auf eine Anbindung verzichtet. Die Aktualisierung der IT-Standortvernetzung im Zusammenhang mit der Realisierung Neubau EWW Fohrhölzli ist eine sinnvolle Investition in die IT-Sicherheit. Sie bildet zudem die Basis für die flexible und kosteneffiziente Umsetzung künftiger Projekte und Erweiterungen, wie zum Beispiel die Integration der Schulen.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig das Kreditbegehren von Fr. 72'450.00 zu genehmigen.

Marie-Louise Reinert: Ich habe eine Verständnisfrage. Die Begründung, dass es keine redundante Anbindung an das Rathaus für Werkhof und Tägerhard benötige, habe ich nicht verstanden. Redundanz dient doch der Sicherheit, um Ausfälle zu verhindern.

Christine Meier Rey: Unsere Fraktion unterstützt den Kreditantrag. Durch die Vernetzung der drei Standorte wird die Sache sicherer und nach Aussagen des Verantwortlichen auch günstiger. Wir weisen aber noch auf folgenden Punkt hin. Seit dem Jahr 2006, wo sich im Keller des Rathauses ein Wasserschaden ereignet hat, existiert ein Provisorium und die Systeme im Rathaus stehen auf einem Holzpodest. Unsere Fraktion wünscht, dass man diese Provisorien so bald als möglich aufhebt.

Dr. Markus Dieth, Gemeindeammann: Gemäss Skizze in der Vorlage ist erkennbar, dass der Werkhof beim EWW angehängt ist, das Tägerhard im Rathaus. Wir haben hier eine indirekte Redundanz. Die eigentliche Redundanz betrifft die Serversysteme.

Dem Thema der Provisorien auf Holzpodesten wird sicherlich nachgegangen.

Abstimmung

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Aktualisierung und Instandstellung der Informatik-Standortvernetzung wird ein Kredit von Fr. 72'450.00 bewilligt.

7. Postulat Ernst Kirsten, SP, vom 24. Mai 2012 betreffend Frühförderungskonzept für Kinder im Vorschulalter; Entgegennahme

Kirsten Ernst, Postulatin: Ich bedanke mich für die Entgegennahme von meinem Postulat. Immer mehr Kindergartenlehrpersonen berichten von teilweise gravierenden Entwicklungsunterschieden zwischen den Kindern beim Eintritt in den Kindergarten.

Die Schule vermag die Benachteiligungen nur noch ungenügend auffangen. Frühförderung ist als bildungspolitische Herausforderung in den letzten Jahren ein zentrales Thema geworden. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wird es in Zukunft an Bedeutung eher zu- als abnehmen. Einige Städte und Kantone haben das bereits erkannt. Wie zum Beispiel vor gut zwei Wochen ist dem Gemeinderat durch die Stadt Bern der Schlussbericht über ihr 5-jähriges Frühförder-Pilotprojekt vorgelegt worden. Das Projekt hat mit einem sehr positiven Ergebnis abgeschlossen und wird jetzt sogar ausgebaut und weitergeführt. Gerechte Bildungschancen für alle - das ist das Ziel von einer Frühförderung und mit dem Ziel vor den Augen bin ich gespannt auf die baldigen Ausführungen vom Gemeinderat für ein Gesamtkonzept für Wettingen sowie auf die Beantwortung von meinen Fragen.

Thomas Meier: Unsere Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen Frühförderung jeglicher Art, auch wenn das einige Ratsmitglieder nicht glauben wollen. Wir finden es aber wichtig, dass wir heute über das Thema diskutieren können. Wir wollen klar festhalten, was bei einer allfälligen Überweisung beim Gemeinderat bestellt wird und was nicht.

Um diese Diskussion ermöglichen zu können, müssen wir aus Verfahrensgründen einen Ablehnungsantrag stellen. Der Gemeinderat hat sich ja für die Entgegennahme ausgesprochen. Warum ist die Diskussion notwendig? Sicher soll es heute keine Grundsatzdiskussion zu Sinn oder Unsinn einer staatlichen Förderung geben von Kindern im Alter von 0 bis 4 Jahren. Wir wollen verhindern, dass bei einer diskussionslosen Überweisung die verantwortliche Gemeinderätin das Gefühl bekommt, sie müsse dem Einwohnerrat nachher aufgrund des Postulates ein Geschäft vorlegen, das zusätzliche Stellenprozente verlangt, das ein Kreditbegehren beinhaltet für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes durch externe Fachpersonen und das schliesslich noch einen fünfjährigen Beitrag als Anschubfinanzierung zum Gegenstand hat.

Für die Beschreibung der Situation verwende ich gerne folgendes Bild: Wenn in einer exponierten Hanglage Lawinengefahr besteht, so muss die Lawinenverbauung möglichst weit oben errichtet werden, damit sie Aussicht auf Erfolg hat. Darum wählen wir den frühest möglichen Zeitpunkt im Einwohnerrat für die Einflussnahme auf die mögli-

che Umsetzung dieser Grundidee der Frühförderung. Aus diesem Grund stellen wir den Ablehnungsantrag, dass die Diskussion möglich wird.

Marco Kaufmann, Präsident: Wie ich das verstanden habe, so geht es der Fraktion primär um die Diskussion. Oder ist effektiv die Ablehnung gemeint? - Es ist die Diskussion gemeint. Damit eröffne ich diese hiermit.

Yvonne Feri, Gemeinderätin: Der Gemeinderat kann die Ausführungen von Kirsten Ernst unterstützen. Er ist deshalb bereit, das Postulat entgegenzunehmen, damit die weiteren Schritte in die Wege geleitet werden können. Wie diese im Detail aussehen werden, ist heute noch nicht klar. Es geht heute um die Entgegennahme. Die Prüfung der nächsten Schritte folgt anschliessend.

Wir werden sicher die Mütter- und Väterberatung miteinbeziehen. Die CVP Schweiz unterstützt solche Projekte hundertprozentig. Pro familia, die eine CVP-Geschäftsführerin hat, unterstützt das ebenfalls. Es gibt zurzeit ein primokiz-Projekt, das Gemeinden begleitet. Allenfalls könnte das auch etwas für Wettingen sein. Diese Woche ist mir noch ein Dokument in die Hände geraten. Die Eidg. Kommission für Migrationsfragen hat ein Papier verfasst. Daraus lese ich Ihnen gerne das von Mario Gattiker, Direktor des Bundesamtes für Migration, verfasste Vorwort vor:

"Frühe Förderung wirkt sich für alle Kinder positiv aus. Sie wirkt unterstützend bei der Entwicklung der motorischen, sprachlichen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Gerade Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien profitieren von Angeboten der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Auch bei Kindern aus Familien, in denen keine unserer Landessprachen gesprochen wird, erhöhen sich die Startchancen beim Eintritt in den Kindergarten oder in die Schule, wenn sie entsprechende Angebote nutzen.

Chancengleichheit ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Wenn möglichst frühzeitig in die frühkindliche Förderung investiert wird, geschieht dies nicht nur zum Wohle der betreffenden Kinder, sondern auch zugunsten des sozialen Zusammenhaltes der gesamten Gesellschaft. Deshalb hat die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM 2009 einen Bericht zur Frühen Förderung vorgelegt, der eine Bestandesaufnahme der aktuellen Forschung, Praxis und Politik präsentierte und Handlungsfelder definierte, in denen in Zukunft Schwerpunkte gesetzt werden müssten. Ebenfalls 2009 erarbeitete die Kommission Empfehlungen, in welchen Bereichen besondere Anstrengungen unternommen werden sollten. Das Bundesamt für Migration BFM und die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM beschlossen daraufhin, im Rahmen von Modellvorhaben ein Programm auszuscheiden, welches sich verschiedenen Aspekten der Frühen Förderung mit spezifischem Fokus auf die Integration von Kindern aus zugewanderten Familien widmen sollte.

Zwischen 2009 und 2011 unterstützte das Programm eine Vielzahl von Projekten und regte so die Implementierung, Erweiterung und Vernetzung unterschiedlichster Massnahmen sowie eine allgemeine Diskussion über die Integrationsförderung im Frühbereich an. Die im Rahmen des Programms realisierten Vorhaben erwiesen sich als gewinnbringend für die künftige Ausrichtung weiterer Aktivitäten. Sie zeigten etwa auf, dass es sich lohnt, gezielt danach zu fragen, was besondere Anliegen von Eltern sind, die das Schweizer Bildungssystem nicht von Kindesbeinen an kennen. Oder dass das spielerische Sprachenlernen bei mehrsprachigen Kindern nicht nur bei den Landessprachen der Schweiz ansetzen soll, sondern auch die Erstsprache berücksichtigen muss. Ausserdem sind jene Projekte, die möglichst viele Akteure der Frühförderung

wie Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Betreuungspersonen, eingewanderte und einheimische Familien einbeziehen, besonders erfolgreich."

Ich meine, diese Sätze sagen genügend aus. Sie haben den Gemeinderat überzeugt, das Postulat entgegenzunehmen.

Thomas Meier: Wir halten am Ablehnungsantrag fest. Wenn ein Postulat eingereicht wird, so können zwei Dinge passieren. Es kann einem über eine zweiseitige ZGB-Belehrung vor Augen geführt werden, was die Elternpflichten sind. Oder es kann einem ein Expertenbericht präsentiert werden. Auf alle Fälle bekommt man den Eindruck, dass man nicht draus kommt, wenn man über diese Themen spricht. Ich nehme das zur Kenntnis.

Ich wollte auf alle Fälle nicht über Frühförderung diskutieren. Es wird in diesem Bereich sicher sinnvolle Sachen geben. Das ist unbestritten. Das wird hier auch nicht in Abrede gestellt. Es ist aber absolut berechtigt, bei der Frage der Überweisung des Postulates zu sagen, dass es nicht unbedingt die grosse Mehrheit in diesem Saal sein wird, die das Postulat in diesem grossen Umfang unterstützen wird. Das Postulat kommt im ersten Satz noch lammfromm daher, wird aber zunehmend bissiger.

Wird das Postulat ohne Diskussion überwiesen und kommt es in die falschen Hände, so entwickelt es sich zu einem Monsterantrag. Die Lawine wird nicht aufzuhalten sein. Sieht man sie kommen, bleiben einem zwei Varianten: davon springen oder standhaft stehen bleiben und sagen, dass es eine Zeiterscheinung sei, dass solche Lawinen den Berg hinunterdonnern.

In der letzten Zeit habe ich viel gelernt bei den Überweisungen von Vorstössen. Die Begründungen sind immer unterschiedlich geblieben. Ich bin heute nicht mehr bereit, solche Kompromisse einzugehen. Das Postulat sollte in der vorliegenden Form abgelehnt werden. Es kann bei einer Ablehnung an einer nächsten Sitzung ein neuer Vorstoss eingereicht werden, der etwas enger gefasst und klarer formuliert ist. Er kann dann vielleicht auch besser umgesetzt werden.

In diesem Sinne bitte ich, den monströsen Antrag abzulehnen.

Helen Suter-Schmid: Ich mache die Erfahrung, dass der Gemeinderat verantwortungsvoll mit Anregungen und Vorstössen umgeht. Die Förderung im Kleinkindalter wird von vielen Eltern sehr ernst genommen und gut umgesetzt. Es gibt aber auch Eltern, die nicht wissen, wie sie ihre Kleinkinder fördern können. Aus diesem Grund macht eine Frühförderung Sinn, um Eltern in ihrem Auftrag als Erziehende zu unterstützen. Deshalb begrüsst die Fraktion EVP/ Forum 5430 die Entgegennahme des Postulates.

Thomas Meier: Noch ein Wort zum Stichwort Vertrauen. Es ist keine Geheimnisverletzung, wenn ich aufrufe die Vertreter der Arbeitsgruppe Umsetzung Tagesstrukturen zu fragen, welche Vorlagen folgen werden. Man wird da genau darauf pochen müssen, dass das, was vor der Abstimmung protokolliert worden ist, auch wirklich umgesetzt wird. Mit der Umsetzung wird erfahrungsgemäss sehr leichtfertig umgegangen.

Holger Czerwenka: Ich werde den Verdacht nicht los, dass es gewisse Opponenten gibt, da das Thema fremdbesetzt ist und nicht aus der eigenen Feder stammt. Ich bitte den Ablehnungsantrag nicht zu unterstützen.

Abstimmung

Mit 24 : 17 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat Ernst Kirsten, SP, vom 24. Mai 2012 betreffend Frühförderungskonzept für Kinder im Vorschulalter wird überwiesen.

9. Interpellation Reinert Marie-Louise, EVP, vom 15. März 2012 betreffend Klosterjubiläum; Beantwortung

Marie-Louise Reinert, Interpellatin: Im Jahr 2027 werden 800 Jahre seit der Klostergründung vergangen sein. Auf dieses Ereignis sollte sich Wettingen einlassen. Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen gestellt:

1. Welche Bedeutung misst der Gemeinderat dem Jubiläum von 2027 bei? Was kann das Ereignis für Bevölkerung, Standort und Region auslösen?
2. Sieht die Gemeinde eine aktive Rolle? Wenn ja, wie kann sie wahrgenommen werden?
3. Was macht die Gemeinde, falls ja, in den verbleibenden 15 Jahren? Man sollte Kontakte knüpfen zum Kanton, zum Staatsarchiv, zu den Hochschulen. Ich habe nach Schritten und Zeitplan gefragt. Welche Ressourcen sieht der Gemeinderat für diese Form der Standortförderung vor? Was ist im Budget vorzukehren?

Es muss noch etwas ausgeholt werden. In den letzten Jahren ist durch das Museum Aargau die Geschichte und Präsentation des Klosters Königsfelden angegangen worden. Es handelt sich hier um ein Franziskaner-Clarissen-Kloster. Das Projekt hat gemündet in eine tolle touristische Vermarktung des Klosters und ein nationales Forschungsprogramm.

Das Kloster Muri war ein Benediktinerkloster. Hier hat eine Stiftung die Arbeiten initiiert. Auch hier hat ein Forschungsprojekt des Nationalfonds resultiert. Wettingen war ein Zisterzienserkloster. Sollte es auch hier gelingen, Wissen, Kenntnisse und Wert der Vergangenheit einem modernen Publikum zu vermitteln, so haben der Kanton, die Region und die Gemeinde viel gewonnen. Der Kanton ist in der Warteposition. Ihm muss ein Ball zugespielt werden. Zur Vermittlung braucht es vorab Forschung. Damit kann das vorhandene Wissen in ein neues Licht gestellt werden. Es ist zu untersuchen, was nicht bekannt ist. Die Geschichte aus der Zeit des 19. Jahrhunderts ist noch nicht aufgearbeitet. Die Dokumente liegen im Staatsarchiv. Forschung kostet. Es sind Geldquellen vorhanden, die darauf warten, genutzt zu werden.

Antoinette Eckert, Gemeinderätin: Marie-Louise Reinert hat zu den Fragen auch gleich die Antworten gegeben. Es kann ergänzt werden, dass alle Vorschläge umgesetzt werden sollen.

Dem Gemeinderat ist bewusst, dass das Projekt angegangen werden muss. Auch wenn der Zeithorizont mit 15 Jahren noch weit weg erscheint. Das Kloster Wettingen gehört bekanntlich nicht der Gemeinde sondern dem Kanton. Durch meine Zugehörigkeit zur kantonalen Bibliothekskommission, in der auch die Staatsarchivarin und die Kantonsbibliothekarin vertreten sind, kann ich die entsprechenden Kontakte aufbauen. Auch die Kulturabteilung ist angesprochen worden. Für die von Marie-Louise Reinert erwähnten Abklärungen benötigt man rund fünf Jahre.

Der Gemeinderat ist einverstanden, dass das Dossier der Kulturkommission übergeben werden soll. Zusammen mit der Standortförderung, dem Kultursekretär und weiteren soll das Heft in die Hand genommen werden. Die Ressourcen werden rechtzeitig dem Einwohnerrat beantragt.

Marie-Louise Reinert, Interpellantin: Ich danke für die Ausführung und gebe der Hoffnung Ausdruck, dass die fünfzehn Jahre reichen werden.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

Wettingen, 13. Dezember 2012

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Marco Kaufmann

Gemeindeschreiber

Urs Blickenstorfer